



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



**AUS DEM INHALT**  
Ausgabe November 2018

- **EU und Migrationsbewältigung**
- **Oleg Senzow erhält Sacharow-Preis**
- **EU schränkt Plastikmüll ein**
- **EP streicht der Türkei 70 Millionen Euro**
- **Brexit**

*Liebe Leserinnen und Leser,*

am 8. November wurde auf dem EVP-Kongress in Helsinki unser EVP-Fraktionsvorsitzender Manfred Weber zum Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei für das Amt des Kommissionspräsidenten gewählt. Er erhielt in geheimer Abstimmung eine deutliche Mehrheit der Delegiertenstimmen gegenüber dem finnischen Lokalmatador und früheren Ministerpräsidenten Alexander Stubb. Ich freue mich, dass wir mit einem deutschen Spitzenkandidaten in die Europawahl gehen. Mit seiner kompetenten und verbindlichen Art wird er europaweit und auch besonders in Deutschland am 26. Mai Stimmen für die Christdemokraten im Europäischen Parlament einwerben.

Werden die Briten noch die Kurve kriegen und sich mit dem Verbleib in der Zollunion für eine längere Zeit einverstanden erklären? Sicher weiß man das erst, wenn das vom Unterhaus bestätigt ist. Wenn nicht, kommt es doch noch am 29. März zu einem „harten“ Brexit.

In der Dezember-Plenarsitzung wird der Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments an den ukrainischen Filmemacher Oleg Senzow verliehen, der in Sibirien für 20 Jahre inhaftiert ist. Er wird den Preis daher nicht selbst entgegennehmen können. Ich hatte Senzow als erster hierfür vorgeschlagen und viele Kollegen haben das unterstützt. Details weiter hinten im Text.

Das Jahr 2018 ist wie im Flug vergangen. Krisenhafte Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU, in der näheren und weiteren Nachbarschaft sind Lösungen nicht nähergekommen. Populisten und andere Vereinfacher finden wachsenden Zulauf. Deswegen sollten wir froh sein und es auch wertschätzen, dass das größte Land der EU wirtschaftlich so gut dasteht. Das nützt allen in Europa. Noch schöner wäre es, wenn wir die innenpolitische Nabelschau beenden und z.B. gemeinsam mit Frankreich und den anderen Partnern gemeinsam die großen Herausforderungen beherzt angehen, denn nur gemeinsam können sie bewältigt werden.

In diesem Sinne wünsche ich allen eine frohe Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins Europawahljahr 2019!

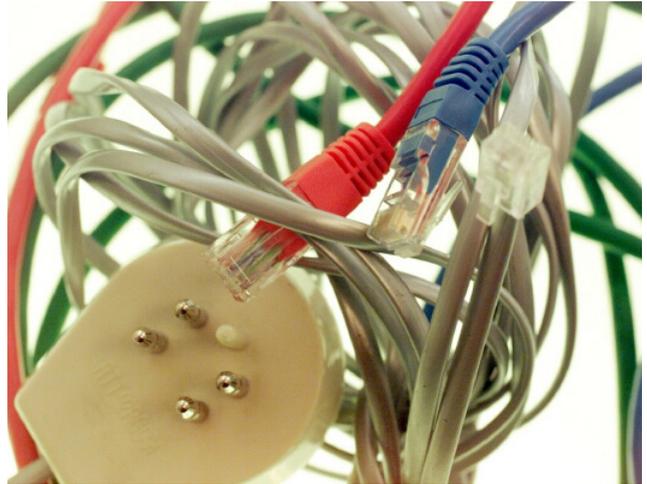
*Michael Gahler*

## Das neue Schengener Informationssystem (SIS) wird unsere Grenzen besser schützen und eine Schlüsselrolle bei der Migrationsbewältigung spielen

Das neue Schengener Informationssystem (SIS), dem das Europäische Parlament am 24. Oktober zustimmte, wird unsere Grenzen besser schützen und Europa sicherer machen. Drittstaatenangehörige, die in einem EU-Staat mit einem Einreiseverbot belegt sind, müssen künftig im SIS eingetragen werden. So schaffen wir ein europaweites Warnsystem.

Das neue SIS wird zudem eine Schlüsselrolle bei der Migrationsbewältigung spielen. Daten über sich illegal in der EU aufhaltende Personen, die abgeschoben werden sollen, werden über SIS auch anderen EU-Staaten zur Verfügung gestellt. So wird ein Umzug in einen anderen Mitgliedsstaat deutlich erschwert, wenn nicht verhindert. Nur wenn es uns gelingt, Personen ohne EU-Aufenthaltsrecht in ihre Heimat rückzuführen, werden unsere Bürger auf Dauer ein gemeinsames europäisches Asylsystem akzeptieren.

Mit dem verbesserten SIS können wir künftig auch effektiver gegen Terrorismus



und schwere Kriminalität vorgehen. Terrorverdächtige müssen künftig verpflichtend in das Informationssystem eingetragen werden. Zudem stehen Finger- und Handabdrücke, Gesichtsbilder und DNA, die ein Staat einspeist, sofort allen anderen nationalen Strafverfolgungsbehörden in der EU zur Verfügung.

SIS dient künftig auch dem Schutz der Schwächsten. Kinder, die Gefahr laufen von einem Elternteil entführt oder von Angehörigen missbraucht zu werden, können präventiv in das System eingetragen werden. So werden Grenzschutzbeamte

und Strafverfolgungsbehörden alarmiert.

### HINTERGRUND

Das Schengener Informationssystem wurde für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit sowie für den Grenzschutz im Schengen-Raum entwickelt. Die zuständigen Behörden können Daten eintragen und abrufen. Ziel der jetzigen Reform: SIS technisch zu verbessern und auf die Weiterentwicklung bestimmter Formen der schweren Kriminalität, einschließlich Terrorismus, reagieren zu können. Einige der Neuerungen treten noch in diesem Jahr in Kraft.

## Oleg Senzow zurecht mit Sacharow-Preis gewürdigt

Der ukrainische Filmemacher Oleg Senzow wird mit dem Sacharow-Preis für Geistige Freiheit des Europäischen Parlaments im Dezember ausgezeichnet. Damit wird sein friedliches Engagement für die Rechte der Ukrainer auf der russisch besetzten Krim und für die Freilassung der politischen ukrainischen Häftlinge aus russischen Gefängnissen gewürdigt. Oleg Senzow ist der erste europäische Sacharow-Preisträger seit zehn Jahren und der erste Preisträger aus der Ukraine. Den Grund für die Verleihung hat aber Russland geliefert, das Oleg Senzow in seinen Menschenrechten verletzt. Er hat niemals seine eigene Freilassung gefordert, obwohl er unschuldig jenseits des Polarkreises inhaftiert ist. Mit seinem Hungerstreik hat er den rund 70 anderen ukrainischen Häftlingen eine Stimme verliehen. Die Preisverleihung ist auch deswegen erfreulich, weil Michael Gahler als Ukraine-Berichterstatteur des Europäischen Parlaments den Vorschlag zur Würdigung Senzows mit dem Sacharow-Preis einbrachte.

Oleg Senzow ist ein 1976 geborener ukrainischer Filmregisseur. Am 10. Mai 2014 wurde er in der Hauptstadt der Ukrainischen Autonomen Republik der Krim, Simferopol, von den russischen Besatzern verhaftet und in einem Schauprozess vor einem russischen Gericht wegen Terrorismusvorwürfen zu 20 Jahren Haft verurteilt. Amnesty International charakterisiert den Prozess als unfaires Verfahren vor einem Militärgericht. Oleg Senzow hat niemals eine Schuld anerkannt. Am 14. Mai 2018 begann er einen Hungerstreik,

den er erst vor kurzem wegen drohender Zwangsernährung nach 145 Tagen abgebrochen hat.

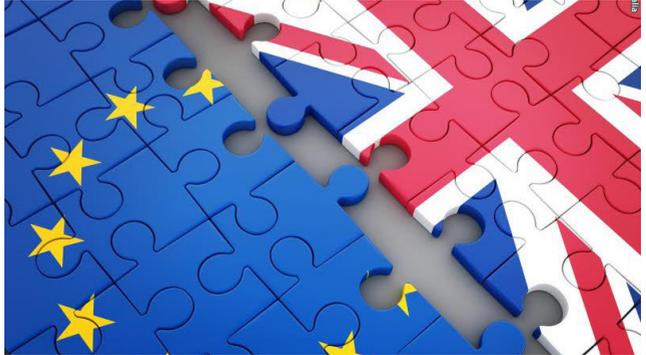
Der Sacharow-Preis geht auf den Friedensnobelpreisträger von 1975, Andrej Dmitrijewitsch Sacharow (1921-1989), zurück. Mit der Ehrung würdigt das Europäische Parlament seit 1988 jährlich den Einsatz für Menschenrechte und Meinungsfreiheit. Die Zeremonie zur Preisverleihung im Europäischen Parlament ist für die Sitzungswoche im Dezember vorgesehen.



**Stiller Protest für die sofortige Freilassung von Oleg Senzow am russischen Stand der Buchmesse am 6. Oktober in Frankfurt.**

## Beim Brexit muss eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland verhindert werden

Es ist enttäuschend und besorgniserregend, dass bei den Brexit-Verhandlungen Mitte Oktober keine ausreichenden Fortschritte erzielt worden sind. Zwar konnten 85 bis 90 Prozent der offenen Fragen der Austrittsverhandlungen gelöst werden. Aber um eine Einigung zu erzielen, muss eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland verhindert werden. Die EU und das Europaparlament haben sich immer für den Erhalt des Karfreitagsabkommen eingesetzt. Dieses Abkommen ermöglichte in den letzten Jahren



einen stabilen Frieden auf der irischen Insel.

Es bleibt zu hoffen, dass nach dem EU-Gipfel weitere Fortschritte in den Verhandlungen, insbesondere

auf einem EU-Sondergipfel im November, erreicht werden können. Zur Vorbereitung eines solchen Gipfels genießt EU-Chefverhandler Michel Barnier das volle Vertrauen der EVP-Fraktion.

## Einschränkung von Plastikmüll



Plastikbesteck, Strohhalme, Zigarettenfilter: Rund 140 Millionen Tonnen Plastikmüll schwimmt in unseren Meeren. Die Fläche entspricht ungefähr der Größe Mitteleuropas. Wir müssen jetzt handeln, sonst könnte es bald zu spät sein. Dazu gehört in erster Linie, dass sich Europa intensiv um innovative und umweltfreundliche Alternativen zu Plastik bemühen muss. Wichtig ist, dass wir unseren Umgang

mit dem Kunststoff ändern und weniger Einwegplastik nutzen: Es muss für die Umwelt sicher sein und für die Industrie wirtschaftlich. So schaffen wir zudem neue Arbeitsplätze. Unser Ziel muss es sein, die Industrie zu Innovationen zu motivieren. Wir müssen die Recyclingqualität und die

Wirtschaftlichkeit verbessern. Im Schnitt gehen rund 95 Prozent des Wertes von

Plastik verloren, dies sind 70 bis 105 Milliarden Euro pro Jahr.

## HINTERGRUND

Einwegplastik-Produkte machen 70 Prozent des Mülls in den Weltmeeren aus. Die EU-Kommission hat deshalb vorgeschlagen, sechs Einweg-

produkte wie Wattestäbchen, Besteck, Teller, Strohhalme, Kaffee-Rührstäbchen und Luftballon-Stäbe zu verbieten, wenn es Alternativen gibt.

## Antibiotikaresistente Tierarzneimittel

Antibiotikaresistente Keime sind lebensgefährlich für Mensch und Tier. Umso wichtiger ist es, dass im Veterinärbereich jetzt Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Das Europaparlament hat am 25. Oktober ein EU-weit einheitliches Tiernarzneimittelrecht auf den Weg gebracht, das den Einsatz von Antibiotika bei Tieren künftig streng reguliert und kontrolliert. Dazu gehört, dass Antibiotika, die bei Menschen als letztes Mittel eingesetzt werden, in der Tiermedizin so gut wie nicht mehr angewendet werden dürfen. Zudem fallen Fleischimporte aus Drittstaaten künftig ebenfalls unter die strengen EU-Regeln. Fleisch von Tieren, die allein zu Wachstumszwecken Antibiotika erhal-

ten haben, darf auf dem europäischen Markt nicht mehr verkauft werden. Antibiotika sollen auf keinen Fall schlechte Haltungsbedingungen bei Tieren kompensieren dürfen.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO

sterben in der Europäischen Union jährlich 25.000 Menschen, weil Antibiotika ihre Wirkung verlieren. Neben der Humanmedizin ist ein entscheidender Teil des Problems die unkritische Anwendung von Antibiotika in der Tiermedizin.



## Facebook und Cambridge Analytica



Die systematische Auswertung und Nutzung großer Mengen von Nutzerdaten wie beim Skandal um Cambridge Analytica wird Konsequenzen haben. Das Eu-

ropaparlament hat am 25. Oktober klargestellt, was im Sinne der Nutzer sichergestellt werden muss. Alle Online-Plattformen sind aufgefordert, genauer zwischen der politischen und kommerziellen Nutzung der von ihnen angebotenen Werbung zu unterscheiden. Jeder Facebook-, Twitter- oder Instagram-Nutzer muss erkennen können, ob er Zielscheibe politischer Einflussnahme ist, oder ob er nur einen unterhaltsamen Artikel in seinem Newsfeed liest. In einem halben Jahr findet die Europawahl statt und das betrifft 500 Millionen Menschen in der gesamten EU.

Einen wichtigen Schritt zu mehr Datensicherheit wurde bereits mit der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) vollzogen. Sie stellt höhere Anforderungen zur Datennutzungsabsicht, zur Transparenz und zur Zustimmung des Nutzers. Zudem wird genauer kontrolliert, wer auf Daten zugreift und wie sie weiterverwendet werden. Bei einem Missbrauch werden hohe Strafen fällig. Wäre beim Datenmissbrauch durch Cambridge Analytica (CA) die EU-Datenschutzgrundverordnung schon in Kraft gewesen, müssten Facebook und CA enorme Geldbußen befürchten.

## Informationen zum sogenannten Globalen Migrationspakt

Da in sozialen Medien in Deutschland eine Kampagne gegen den „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ organisiert wird, werden im folgenden Text einige Klarstellungen geliefert:

- Der Globale Migrationspakt wurde am 13. Juli fertiggestellt und offiziell an den Präsidenten der General-

versammlung der Vereinten Nationen übermittelt. Als nächster Schritt ist eine förmliche Verabschiedung auf der VN-Gipfelkonferenz in Marrakesch, Marokko, am 10. und 11. Dezember geplant (Intergovernmental Conference to Adopt the Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration). Anschließend – voraussichtlich Anfang 2019

– ist eine formelle Annahme durch die VN-Generalversammlung vorgesehen.

- Der Pakt ist eine politische Absichtserklärung der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und soll die Grundlage für global besser geregelte und sichere Migration sein. Er bildet so das Fundament für eine umfassende internationale

## UN-„Global Compact“ zu sicherer, geordneter und regulärer Migration



### Faktencheck

»Wenn im Dezember dem »Global Compact« zugestimmt wird, führt das zu massenhafter Zuwanderung.«

**Falsch!**

Ziel des Global Compact ist, Migration durch verbesserte internationale Zusammenarbeit in geordnete Bahnen zu lenken und illegale Migration zu reduzieren. Das von den Vereinten Nationen initiierte Dokument bekräftigt erstmals den Willen der internationalen Gemeinschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und einen Grundkonsens im Umgang mit Migration zu finden. Im Dezember soll das Dokument auf einem Gipfel in Marokko politisch angenommen werden.

»Eine Vielzahl von Staaten unterstützen den „Global Compact“

**Richtig!**

Alle UN-Mitgliedstaaten stimmten dem Ergebnis der Verhandlungen über einen Entwurf des Dokuments am 13. Juli zu – mit Ausnahme der USA, die sich bereits 2017 aus dem Prozess zurückgezogen hatten. Nach Abschluss der Verhandlungen haben Ungarn und Österreich angekündigt, den Global Compact nicht mitzutragen.

»Das Abkommen nimmt Staaten die Souveränität in Migrationsfragen.«

**Falsch!**

Der Global Compact ist kein völkerrechtlicher Vertrag und rechtlich nicht bindend. Vielmehr formuliert er politische Ziele und mögliche Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Die nationale Souveränität der Staaten bleibt ausdrücklich unberührt.

»Millionen Menschen werden dadurch zu illegaler Auswanderung verleitet.«

**Falsch!**

Das Gegenteil ist der Fall. Der Global Compact fordert alle Staaten zur Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und zum Kampf gegen Schleuser auf; die Straflosigkeit von Schleusernetzwerken soll ein Ende finden. Ferner hält der Global Compact alle Staaten zu einer besseren Kooperation bei der Rücknahme eigener Staatsangehöriger an, die im Hoheitsgebiet eines anderen Staates kein Bleiberecht haben.

© Bundesregierung

Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern.

- Er unterscheidet sich damit von anderen internationalen Vereinbarungen. Der Globale Migrationspakt wird kein völkerrechtlicher Vertrag sein. Daher werden mit dem Pakt keine völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesregierung begründet. Ebenso werden durch den Globalen Migrationspakt keine nationalen Hoheitsrechte eingeschränkt oder übertragen.
- Die Bundesregierung begrüßt dieses Rahmenwerk,

das von den Vereinten Nationen initiiert ist, weil

▷ es zum ersten Mal den gemeinsamen Willen der internationalen Gemeinschaft doku-

mentiert, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, um Migration weltweit, global zu steuern und zu ordnen,

▷ darin auch ausdrücklich das Leitprinzip, illegale Migration zu reduzieren, vorgesehen ist. Tatsächlich drückt das ja auch der Name des Pakts aus.

▷ zur Umsetzung des Paktes die Rolle der Internationalen Organisation für Migration (IOM) nachhaltig gestärkt und die Einrichtung eines Migrationsnetzwerkes der

Vereinten Nationen vereinbart wurde. Diese Organisation half der Bundesregierung in diesem Jahr erheblich bei der Rückführung von illegalen Migranten.

- Der Pakt enthält zehn Leitprinzipien und 23 Ziele sowie pro Ziel einen Katalog von möglichen freiwilligen Umsetzungsinstrumenten. Hierbei wären mehr Unterstützung von Herkunftsländern zur Reduzierung von Ursachen irregulärer Migration, Bekämpfung des Menschenhandels und Menschenschmuggels, sichere Grenzen, Beachtung der Menschenrechte, Rückführung und Reintegration sowie nachhaltige Integration zu nennen.

- Es gibt Fragezeichen bei den USA und auch bei einigen EU-Mitgliedsländern. Die Bundesregierung wirbt für diesen Pakt mit dem Argument: Es ist ein guter, vernünftiger Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen von Herkunftsländern, Transitländern und Zielländern. Er hilft, für die Behandlung dieses globalen Phänomens, das wir nur auf globaler Ebene angehen können, richtige Instrumente in die Hand zu geben.

## Europäischer Rat: Keine Fortschritte bei Asyl und Migration

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben am 18.10. hervorgehoben, dass der irregulären Migration weiter vorgebeugt werden muss. Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern, insbesondere in Nordafrika, sei zu verstärken. Die Bekämpfung von Schleusern sei zu intensivieren. Hierzu gehöre die Einrichtung einer

gemeinsamen Task Force im Europäischen Zentrum zur Bekämpfung der Migranten-schleusung bei Europol. Die EU-Führungsspitzen haben den Rat ersucht, hierzu bis Dezember ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten. Durch Nutzung der Instrumente im Bereich Entwicklung, Handel und Visa sollen Rückführungen intensiviert werden.

Zum Außengrenzschutz gab es keine Einigung auf konkrete Maßnahmen. Das Asylpaket ist weiterhin blockiert.

### WEB-TIPP

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/10/18/20181018-european-council-conclusions/>

## Europaparlament streicht 70 Millionen Euro – Menschenrechtsverstöße dürfen nicht belohnt werden



Diese Streichung der EU-Finanzhilfen für die Türkei für 2019 um 70 Millionen Euro ist ein klares Signal an die türkische Regierung. Schließlich sind die so genannten Vorbeitritts-hilfen unmittelbar an die Erfüllung bestimmter Kriterien wie die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte geknüpft. Tatsächlich geht es mit der inneren Entwicklung der Türkei nur noch bergab, was nicht zuletzt auch die EU-Kommission hochoffiziell in ihrem Jahresbericht im April fest-

stellte. Die nun durch das Europaparlament beschlossene ersatzlose Streichung ist da konsequent. Schließlich

konnte Erdogan mit den Neuwahlen im vergangenen Juni seine Präsidialdiktatur endgültig zementieren. Präsident Erdogan, ist für die immensen wirtschaftlichen Probleme seines Landes direkt verantwortlich. Jeder Cent aus dem EU-Haushalt, der jetzt an die Türkei flö-  
se, würde dort ausschließ-  
lich für die Bewältigung der Wirtschaftskrise eingesetzt. Das wiederum würde Erdogan stärken und die europäisch gesinnte Opposition in der Türkei schwächen.

## IMPRESSUM

**Michael Gahler**  
Europäisches Parlament  
ASP 14 E 154  
B-1047 Brüssel  
Tel +32-2-2845977  
Fax +32-2-2849977  
michael.gahler@  
europarl.europa.eu  
www.michael-gahler.eu  
f michael.gahler.77

**Europabüro**  
Wasserweg 2  
64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152 - 932 594

**Bildnachweis:**  
Europäisches Parlament,  
Europäische Kommission